

Putin zwischen
überkommenen
Vorbehalten und neuen
Herausforderungen

Russlands Sicherheitspolitik am Scheideweg

Aschot L. Manutscharjan

Die verheerenden Terroranschläge in Russland im Sommer 1999, als Wohnblocks zerstört und ihre Einwohner getötet wurden, sowie die folgenden Angriffe der islamistischen Terroristen aus Tschetschenien im russischen Dagestan haben Russland demoralisiert. Ministerpräsident Wladimir Putin reagierte umgehend: „Es ist eine Aggression gegenüber Russland, und die Terroristen müssen büßen.“ Vor diesem Hintergrund – der Verteidigung seines Vaterlandes – ging er in die Präsidentschaftswahlen im März 2000 – und gewann.

Er kam als Saubermann, als „Retter der Nation“: Präsident Wladimir Putin sah sich selbst dazu „berufen, die Geschichte in die eigenen Hände zu nehmen und einen neuen Staat zu schaffen“. Dennoch unterliefen dem mit Vorschusslorbeeren reich bedachten Präsidenten gravierende strukturelle Fehler: Da er als Politiker nicht auf die Unterstützung einer Partei bauen kann, muss er sich vor allem auf populistisch-patriotische Kräfte und auf die Streitkräfte verlassen. Das Fundament dieser Allianz bildet der zutiefst verletzte und verunsicherte russische Nationalstolz. Zudem stimmt die Erkenntnis nicht gerade hoffnungsvoll, dass der russische Präsident mit diesen „Verbündeten“ keinen Ausweg aus der Wirtschaftskrise finden wird. Angesichts dieser Ausgangslage konnte Putins Reaktion bei der Tragödie um das Atom-U-Boot „Kursk“ kaum überraschen: Ohne über einen wirklichen Beweis zu verfügen, war der „Schuldige“ in Gestalt eines NATO-U-Bootes schnell

ausgemacht. Der Schock wurde instrumentalisiert, um das alte Feindbild wieder zu beleben. Zusehends agierte der Präsident in der Krise nicht mehr als frei gewählter Repräsentant des russischen Volkes, sondern als Sprecher eines Interessengemisches aus Verteidigungsministerium, Geheimdienst und Rüstungsindustrie. Seit dem Unglück der „Kursk“ verschob sich zudem die Ausrichtung der russischen Sicherheitspolitik. Wieder in Mode kam das via TV verbreitete „Säbelrasseln“ der Generäle. Den Europäern wurde mit einer Neuauflage des Kalten Krieges und des Wettrüstens gedroht.

Als eines ihrer wichtigsten Ziele proklamierte die Putin-Administration die Wiederherstellung der russischen Großmachtrolle in der Weltpolitik. Im Zuge dieser Neuausrichtung stärkte der Präsident die Stellung von Armeeangehörigen und Geheimdienstlern in der Regierung, wie sie selbst in der Sowjetunion nicht üblich gewesen war. Das Jahr 2001 rief Putin außerdem zum Jahr „der Reform des Militärsystems“ aus. Oberste Priorität habe dabei die „Festigung des Staates“, so der Präsident. Gleichzeitig wurden die politischen Institutionen des Landes, allen voran das Parlament, aber auch die Parteien und die Presse massiv unter Druck gesetzt, um sie im Sinne der nationalen Sicherheitspolitik mit der Regierung „in Übereinstimmung zu bringen“.

Als einen „Skandal“ bezeichnete eine Moskauer Zeitung den öffentlich gewordenen Streit zwischen den beiden höchsten russischen „Militärpolitikern“: auf

der einen Seite der (inzwischen abgelöste) Verteidigungsminister Igor Sergejew, auf der anderen Generalstabschef Anatolij Kwaschnin. Der stellvertretende Vorsitzende des Verteidigungsausschusses der Staatsduma, Alexej Arbatow, machte in diesem „schweren Konflikt“ nicht nur divergierende private Interessen aus, sondern auch die unterschiedlichen Zielrichtungen der beteiligten Behörden. Der Streit kulminierte in zwei Militärdoktrinen, die verfasst wurden, um folgende Fragen zu beantworten: Welchem militärischen Gefahrenpotenzial sieht sich Russland in Zukunft ausgesetzt? Wie kann es wirksam bekämpft werden?

Der Urheber der ersten Doktrin, Anatolij Kwaschnin, vertritt folgendes Konzept: Die strategischen Nuklearwaffen können keinen Beitrag dazu leisten, Russland und seine Verbündeten bei lokalen oder regionalen Konflikten, wie zum Beispiel auf dem Balkan, wirksam zu verteidigen. Deswegen muss der Staat, gerade in Zeiten der Geldknappheit, verstärkt auf die konventionelle Ausrüstung aller drei Waffeneinheiten setzen. Zugleich sollte die Rolle der UNO gestärkt werden, um regionale Kriege präventiv zu neutralisieren. Sollten die USA oder andere Atomkräfte überdies mit dem Gedanken eines Nuklearangriffes auf Russland spielen, würden für eine glaubwürdige Abschreckung einige Hundert effektiv funktionierende Raketen mit nuklearen Sprengköpfen ausreichen. Ein strategisches Gleichgewicht sei dazu nicht erforderlich.

Verteidigungsminister Sergejew vertritt hingegen die Meinung, selbst wenn Russland 3,5 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts für die Verteidigung ausgeben, habe das Land keine Chance, eine ähnlich wirksame Verteidigungskraft wie die NATO im Bereich der konventionellen Waffen aufzubauen. Russland sei nicht in der Lage, das „kolossale Übergewicht des Westens“ in Bezug auf die

Wirtschaftsleistung (einschließlich des IT-Sektors), die Bevölkerung, die Vorteile der geostrategischen Lage und die Weiterentwicklung von modernen nichtnuklearen Waffen auszugleichen. Um diese gewaltigen Nachteile zu kompensieren, müsse Russland weiter in großem Stil nuklear aufrüsten. Nur so könne Moskau sicherstellen, dass seine Nuklearwaffen bei einem Erstschlag nicht alle vernichtet würden. Russland benötige also auch in Zukunft starke Raketeneinheiten, um sowohl politisch als auch militärisch eine direkte Aggression des Westens von vornherein auszuschließen. Das gelte auch dann, wenn der Westen die modernsten konventionellen Waffen einsetzen würde. Die Vertreter dieser Militärdoktrin sind davon überzeugt, dass Russland nur mit einem starken strategischen Nuklearwaffenarsenal eine Supermacht auf gleicher Augenhöhe mit den USA bleiben kann. Nur durch die Beibehaltung der strategischen Atomwaffen könne Russland zudem verhindern, dass sich lokale Konflikte in regionale Konflikte transformieren, die gegebenenfalls zu einer groß angelegten Aggression gegenüber Russland führen könnten.

Die Analyse beider Militärdoktrinen zeigt deutlich, dass die politischen Anstrengungen der Kreml-Herren für „strategische Partnerschaften“ mit einzelnen NATO-Mitgliedern, darunter mit Deutschland, nicht mit den Plänen der russischen Militärs in Einklang zu bringen sind. Für beide Militärdoktrinen geht die Hauptgefahr von der westlichen Staatengemeinschaft aus.

Gegenmaßnahmen zu Missile Defense

Da die amerikanische Regierung am Programm für eine Nationale Raketenabwehr (NMD, National Missile Defense beziehungsweise MD, Missile Defense) festhalten wird, sah sich Präsident Putin zu einer Reihe von Gegenmaßnahmen

veranlasst. Zunächst versuchte er es mit einer Art „Zuckerbrot“ in Gestalt einer „neuen Friedensinitiative des Kreml“. Putin erklärte am 13. November 2000, Russland sei bereit, die Zahl seiner strategischen Raketen bis zum Jahr 2008 auf 1500 zu reduzieren. Verteidigungsminister Sergejew überließ er es, mit der Peitsche zu knallen: Sollten die USA einseitig aus dem ABM-Vertrag von 1972 aussteigen, sehe sich Russland gezwungen, „zusätzliche Maßnahmen für die Aufrechterhaltung des strategischen Gleichgewichtes zu treffen“. Dabei klang die Drohung durchaus glaubhaft, dass neben Russland auch „eine Reihe anderer Länder entsprechende Maßnahmen ergreifen werden“. Auf welche anderen Staaten spielte der Marschall an? Zunächst einmal auf China, dem Moskau gerne die Hand reicht, um gegen die amerikanische Dominanz aufzutreten und gemeinsam für eine „multipolare Welt“ Front zu machen. Seit Jahren schon versorgt Russland die Volksrepublik China mit modernen Waffen, darunter mit Lizenzen zur Produktion von Luftabwehrsystemen. Obwohl der Kreml wiederholt die „vertrauensvollen und freundschaftlichen Beziehungen“ zu Peking betont hat, sind nicht alle Politiker in Moskau mit der Ausrüstung der chinesischen Armee mit modernster russischer Waffentechnik einverstanden. Gleichwohl haben sich die Interessen der Rüstungs-Lobby und die Befürworter der politischen Entscheidung, einen engen Verbündeten im UNO-Sicherheitsrat gegen die USA zu haben, durchgesetzt. Zur Verstärkung des anti-amerikanischen Lagers kooperiert Moskau außerdem mit der Atommacht Indien. Russland entdeckte seine alten Verbündeten wieder, die allerdings ausgerechnet zu den Ländern gehören, die die Vereinigten Staaten als ein Sicherheitsrisiko für sich und ihre Partner einstufen: Dazu zählen der Iran, Nordkorea, der Irak, Libyen und Kuba. Die nuklearen

und chemischen Raketenprogramme dieser Staaten werden nach Informationen westlicher Geheimdienste mit russischer und chinesischer Unterstützung entwickelt.

In einer der ersten Reaktionen auf die amerikanischen NMD-Pläne kündigte Moskau bereits Waffenlieferungen an den Iran an und verstieß damit gegen eine geheime russisch-amerikanische Übereinkunft aus dem Jahr 1995. Nach diesem so genannten „Tschernomyrdin-Gore-Memorandum“ hatte Russland auf Rüstungsexporte in den Iran verzichtet. Als Gegenleistung erhielt Moskau Finanzhilfen aus den USA und aus der Europäischen Union (EU) für die Sanierung und Wartung der russischen Atomkraftwerke und zur Sicherung seiner Nuklearwaffenprogramme. Wie die russische Agentur Interfax berichtete, reichten die Iraner vor einigen Monaten in Moskau eine Wunschliste für Waffen aller Art ein. Auf ihr stehen Militärhubschrauber (MI-17), Kampflugzeuge (SU-25) und Luftabwehrstellungen (S-300) in Höhe von 2,5 Milliarden US-Dollar. Immerhin versprach die russische Regierung, auf die Lieferung von Komponenten für die Produktion von Massenvernichtungswaffen an den Iran zu verzichten.

Der einzige veritable politische Verbündete Russlands in Europa war die Regierung von Slobodan Milošević. Von daher sind die russischen Diplomaten derzeit eifrig bemüht, schnellstmöglich die Niederlage Miloševićs vergessen zu machen und Brücken zur neuen Belgrader Führung aufzubauen. Denn laut Verteidigungsminister Igor Sergejew entspricht die militärische Zusammenarbeit zwischen Russland und Jugoslawien nicht nur den Interessen beider Länder, „sondern sie ist ein Schritt auf dem Weg zur Herstellung des Friedens und der Stabilität auf dem Balkan“. Moskau plädiert deshalb dafür, den Auftrag der KFOR abzuändern und das UNO-Kriegsverbrechertribunal

aufzulösen. Uneigennützig ist der Kreml auch in diesem Fall nicht: Sollte das UNO-Embargo aufgehoben werden, das die Lieferung von Waffen nach Jugoslawien verbietet, könnte die russische Rüstungsindustrie neues Kriegsgerät an den serbischen Staat verkaufen und sich so einen alten Kunden erhalten.

Die russische Führung ist daran interessiert, der russischen Rüstungsindustrie Aufträge zu verschaffen, um so ihren Einfluss auf dem internationalen Parkett zu verstärken – eine durchaus kurzsichtige Politik. Denn ohne wirtschaftliche und finanzielle Stabilität im eigenen Land wird es Moskau mithilfe der Rüstungsindustrie allein nicht gelingen, die längst verflossene Stellung als Supermacht zurückzugewinnen.

Einen Keil in die NATO treiben

Ungeachtet aller Dementis bleibt es ein zentrales Ziel der russischen Sicherheitspolitik, einen Keil zwischen die USA und ihre europäischen NATO-Partner zu treiben. Konsequenterweise begrüßte Moskau die Bildung einer EU-Eingreiftruppe und schlug vor, über eine „engere Kooperation“ nachzudenken. Endlich bietet sich dem Kreml die Chance, eine alte Idee zu realisieren, die früher im Rahmen der OSZE angestrebt wurde: Danach sollte die OSZE in eine Organisation mit militärischen Aufgaben transformiert werden, um auf diese Weise den Einfluss der USA auf den europäischen Raum zu relativieren. Im Übrigen verschenkte Putin keine Zeit: In der langen Übergangsphase bis zur Installation der neuen US-Administration unter Präsident George W. Bush versuchte er, eine Front von europäischen Staaten gegen das amerikanische Raketenabwehrprogramm aufzubauen.

Aus russischer Sicht besteht eindeutig Handlungsbedarf: Die Öffnung der NATO gen Osten bleibt für die Moskauer Sicherheitspolitiker ein Stachel. Sollten die Pläne für eine weitere Runde der

NATO-Osterweiterung umgesetzt werden, entsteht eine völlig neue Situation in Europa, die die „politischen und militärischen Interessen Russlands berührt. Dabei kann es zu einer ernsthaften Krise kommen“, meint nicht nur der Sekretär des Sicherheitsrates Sergej Iwanow. Proteste gegen einen möglichen Beitritt der südosteuropäischen Staaten Rumänien, Bulgarien, Slowenien, Slowakei, Mazedonien, Albanien und Kroatien hört man jedoch aus Moskau kaum. Offensichtlich alarmiert Russland vor allem ein möglicher NATO-Beitritt der ehemaligen Sowjetrepubliken Estland, Lettland, Litauen, die Ukraine und Georgien. In dieser Frage zog der Kreml unter Putin klar eine „rote Linie“, verzichtete aber im Gegensatz zu früheren Regierungen darauf, mit der Stationierung von Mittelstreckenraketen zu drohen. Allerdings würde Moskau wohl den Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag), der 1990 in Wien unterzeichnet wurde, kündigen. Hinzu kämen bislang nicht näher spezifizierte „Gegenmaßnahmen“, worunter auch Waffenlieferungen (siehe oben) an so genannte „Schurkenstaaten“ fallen.

Eine pragmatische Politik in der GUS

Eine besondere Rolle spielt für die russischen Sicherheitspolitiker die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). Entgegen den Lippenbekenntnissen der Präsidenten der GUS-Länder, wonach diese Gemeinschaft bestehen bleiben müsse, sprechen de facto die unterschiedlichen nationalen Interessen eher gegen eine gemeinsame Zukunft. Die Gründungsideen für einen gemeinsamen Verteidigungs- und Wirtschaftsraum nach dem Muster von NATO und Europäischer Union verlieren ohnehin zunehmend an Bedeutung. Die Putin-Administration hat auf diese veränderten Bedingungen reagiert: Offen wird die Frage diskutiert, ob es sich überhaupt lohne, das Ziel der „Integra-

tion des postsowjetischen Raumes als absoluten Wert“ aufrechtzuerhalten und dabei die von den GUS-Partnern präsentierten Kosten zu tragen. Die Schulden der GUS-Länder gegenüber Russland belaufen sich immerhin auf 1,5 Milliarden US-Dollar. Im Kreml ist mit Putin ein „nüchterner und pragmatischerer Kurs“ eingezogen, wobei Russland es als eine seiner wichtigsten sicherheitspolitischen Aufgaben betrachtet, stabile bilaterale Beziehungen zu den einzelnen GUS-Ländern zu unterhalten. Bei dieser Vorgehensweise kann sich Moskau jedoch nur auf den Vertrag über Kollektive Sicherheit vom 15. Mai 1992 stützen, dem Armenien, Weißrussland, Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan angehören. Georgien und Usbekistan haben den Vertrag 1999 nicht mehr verlängert.

De facto sind die Bemühungen Moskaus seit langem gescheitert, eine Spaltung der GUS zu verhindern. Georgien, die Ukraine, Usbekistan, Aserbaidschan und Moldawien gründeten bereits 1997 mit der GUUAM eine eigene Union, deren ausdrückliches Ziel darin besteht, sich gemeinsam der russischen Dominanz im postsowjetischen Raum zu widersetzen. So verhandelte Moskau erfolglos mit der Kaukasus-Republik Aserbaidschan über die Nutzung der strategischen Abhörstation in Gabarli, deren Reichweite Russland die Kontrolle des Luftraumes im Mittleren Osten erlaubt hätte. Zumindest kurzfristige Erfolge konnte Moskau mit Blick auf seine gespannten Beziehungen zur Ukraine vermelden. Die schwierige innenpolitische Lage des ukrainischen Präsidenten Leonid Kutschma half Putin dabei, die Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten in der Rüstungsindustrie neu zu begründen und sich bei der umstrittenen Schulden-Frage zu einigen. Der ukrainische Präsident bedankte sich umgehend, indem er versicherte, die Ukraine werde auf einen NATO-Beitritt verzichten.

Dass Moskau innerhalb der GUS rapide an Macht und Einfluss verloren hat, beweist nicht zuletzt die Politik des georgischen Präsidenten Eduard Schewardnadse: Er verbot es den russischen Truppen, von georgischem Gebiet aus Militärationen gegen Tschetschenien durchzuführen. Als Antwort ordnete das russische Außenministerium ein Visa-Regime zwischen Georgien und Russland an. Tiflis befürchtet, dass die von Moskau einseitig gezogene „rote Linie“ um die ehemaligen Sowjetrepubliken einen Beitritt der heute unabhängigen Staaten zur NATO verhindern könnte. Nach wie vor besteht Georgien auf einem Abzug aller im Land befindlichen russischen Truppen, die noch in zwei Militärbasen stationiert sind. Im vorigen Jahr verließen immerhin erste Armee-Einheiten die Kaukasus-Republik. Washington hatte die Kosten für den Abzug übernommen und Russland zehn Millionen Dollar überwiesen. Als einziger militärischer Verbündeter Moskaus im Kaukasus bleibt Armenien, das aber keine gemeinsame Grenze mit Russland hat.

Selbst die russische Sicherheitspolitik gegenüber Zentralasien gerät zunehmend in Abhängigkeit von den Interessen der Staaten in der Region selbst. Sporadisch finden Annäherungen statt, wenn es den Wünschen der herrschenden Regierungen entspricht: Soll die Machtübernahme der Opposition gestoppt werden, ist die Unterstützung von Moskau gerne gesehen. Das gilt uneingeschränkt auch für die Bekämpfung des islamistischen Terrorismus. Allerdings bedeutet die russische Militärpräsenz in Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan eben gerade nicht, dass diese Staaten die Sicherheitspolitik des Kreml unkritisch teilen.

Russlands Image im Ausland

Nach seinem Amtsantritt startete der russische Präsident Putin erfolgreich eine Charmeoffensive in Richtung Westen:

Zuerst verkündete er, dass Russland einen Beitritt zur NATO nicht ausschließt. Wenn es sich dabei auch erkennbar um eine Propaganda-Aktion handelte, wurde doch deutlich, dass zumindest Teile der politischen Elite in Moskau einer Annäherung an die Nordatlantische Allianz positiv gegenüberstehen. Weitere vertrauensbildende Maßnahmen folgten, darunter die Ratifizierung des START-II-Vertrages in der russischen Staatsduma, die Putins Vorgänger Boris Jelzin nicht hatte durchsetzen können.

Propaganda ist angesagt. Präsident Putin nennt es zurückhaltender „Kampf um Einfluss auf die gesellschaftliche Stimmung im Ausland“. Gleichzeitig fordert er, das Niveau der russischen Medien- und Öffentlichkeitsarbeit „grundlegend anzuheben“. Dies soll beispielsweise dadurch geschehen, dass Vertreter Russlands intensiver mit ausländischen Journalisten zusammenarbeiten. Dabei ist es den Sicherheitspolitikern in Moskau bewusst, dass vor allem über die Massenmedien den westlichen Gesellschaften ein positives Russland-Bild vermittelt werden kann. Sollte dies gelingen, würde es deren Regierungsehrern schweren, eine „anti-russische“ Politik zu betreiben. Alte Erfahrungen aus den frühen achtziger Jahren werden reaktiviert: Damals unterstützte der Kreml die gesellschaftlichen Proteste besonders in der Bundesrepublik gegen den „NATO-Doppelbeschluss“. Selbst vor einer Indienstnahe des in Russland unbeliebten Michail Gorbatschow schreckte Putin nicht zurück. Der Präsident hofft auf diese Weise, Gorbatschows Popularität im Westen für die Propagierung seiner sicherheitspolitischen Ziele nutzen zu können. Während seiner zahlreichen Auslandsreisen beziehungsweise bei Begegnungen mit Staats- und Regierungschefs in Moskau gelang es Putin zudem, sich als rationalen und pragmatischen Politiker zu präsentieren. So festigte er durch eine Reihe von „strategischen Partnerschaften“

mit westlichen Staaten seine Außen- und Sicherheitspolitik. Washington beeindruckte Putins Engagement allerdings wenig. Ungerührt analysierte der US-Geheimdienst CIA, der russische Präsident verfolge das Ziel, die amerikanischen Interessen weltweit zu untergraben. Die Beraterin für nationale Sicherheit von Präsident George W. Bush, Condoleeza Rice, erklärte denn auch, Russland stelle eine Gefahr für den Westen insgesamt sowie für die EU und die USA im Besonderen dar.

Finanzierungsfragen

Mit rund 320 Milliarden D-Mark steht Russland bei ausländischen Gläubigern in der Kreide, allein bei Deutschland mit 89 Milliarden D-Mark. In diesem Jahr muss Russland 3,5 Milliarden US-Dollar Schulden zurückzahlen; 2003 wird es für Moskau noch kritischer, dann werden 21 Milliarden Dollar fällig, nach derzeitigem Stand mehr als ein Drittel des russischen Haushaltes. Wie hoch die Rückstände bei der eigenen Bevölkerung und bei den Staatsbetrieben sind, wissen selbst die russischen Ökonomen nicht genau zu beziffern. Immerhin ist der Versuch des russischen Ministerpräsidenten Michail Kasjanow gescheitert, die Rückzahlung der Schulden in diesem Jahr auszusetzen. Die russische Regierung wurde von ihren Gläubigern regelrecht gezwungen, ihren Verpflichtungen nachzukommen, obwohl die unerwarteten Mehreinnahmen aus dem gestiegenen Ölpreis bereits im Haushalt für die Rüstungsindustrie und das Verteidigungsministerium vorgesehen waren. Angesichts dieser Ausgangslage nehmen sich die eben genannten Drohgebärden des russischen Verteidigungsministers Sergejew weniger dramatisch aus: Unklar ist nämlich, wer die von Sergejew erwähnten russischen Projekte, die angeblich in der Regierungszeit Ronald Reagans eingefroren wurden, nachdem dieser von seinen SDI-Plänen Abstand genommen hatte, bezahlen soll. Die

Nervosität der Moskauer Militärpolitiker, die man deutlich aus ihren aggressiven Äußerungen gegenüber den USA heraus hören kann, hat durchaus einen Grund: Sie fürchten, nicht nur in militärischer, sondern auch in politischer Hinsicht den Anschluss an die Vereinigten Staaten endgültig zu verlieren. In diesem Fall würde Russland, ungeachtet seiner territorialen Größe, nur noch am Rande der weltpolitischen Entscheidungen mitlaufen. Es gibt Indizien, die dafür sprechen, dass diese Entwicklung längst eingetreten ist: So zeigten sich die USA unbeeindruckt von russischen Drohungen, einseitig die Sanktionen gegen den Irak aufzuheben. Selbst der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses der Staatsduma, Dmitrij Rogosin, sprach von irgendwelchen Erklärungen gegenüber der US-Politik, die „eine Drohung ins Leere“ seien. Offensichtlich haben die russischen Generäle zu hoch gekokert: Unentwegt betonten sie ihren Einfluss auf die russische Politik, um am Ende doch gezwungen zu sein, stillschweigend eine Niederlage nach der anderen zu akzeptieren. Unterdessen ging der Streit um das NMD-Programm in eine neue Runde: Mitte Februar bat Russland die NATO um die Schaffung eines gesamteuropäischen Systems zur Abwehr nichtstrategischer ballistischer Raketen (*Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 24. Februar 2001). Dass die Entscheidung allein bei Washington liegt, dokumentiert ein Satz in dem russischen Dokument: „... sofern die Zustimmung der amerikanischen Seite dazu vorliegt.“

Bislang hat Washington jedoch ausdrücklich nicht zugestimmt. Im Gegenteil: NMD soll jetzt unabhängig von der in Moskau vertretenen Meinung zu den Raketenabwehrplänen aufgebaut werden. An der harten Position der USA vermochten auch die medienwirksam inszenierten Treffen zwischen Putin und Bush in Ljubljana im Juli 2001 nichts zu ändern. Dennoch wurde die Abkehr des

russischen Präsidenten von einem offenen Konfrontationskurs gegenüber der Bush-Administration in Moskau zuletzt als „Sieg der Vernunft“ kommentiert: Immerhin habe sich der Kreml gegen eine Militarisierung der Wirtschaft entschieden. Außerdem wäre ein Kräftemessen an dieser Stelle mit den USA „nicht nur dumm, sondern tragisch für das Land“, konnte man in der regierungsnahen Moskauer Zeitung *Nezavisimaja gazeta* am 24. Juli 2001 lesen. Dankbar vermerkte die Zeitung, dass der amerikanische Präsident „die Würde Putins als Staatschef einer Großmacht“ nicht untergraben habe und damit dem „sensiblen Patrioten“ ein großes Stück entgegengekommen sei.

Unterdessen säuberte der von Putin vor kurzem ernannte Verteidigungsminister Iwanow sein Ministerium und besetzte es mit Gefolgsleuten des Präsidenten. Zugleich bereitete er damit das Feld für die neue Militärdoktrin, die derzeit in Moskau diskutiert wird und die Frage klären soll, wie Russland eine langfristige strategische Stabilität erreichen kann. Dahinter verbirgt sich die Sorge, dass auch Russland von den neuen Bedrohungssituationen betroffen sein könnte und deshalb einen eigenen Raketenabwehrschild benötigen könnte, insbesondere um die südlichen Landesteile zu schützen. In diesem Zusammenhang sprach sich auch das Mitglied des Verteidigungsausschusses der Staatsduma, Alexej Arbatow, dafür aus, dass Russland in dieser Frage einen vernünftigen Kompromiss mit den USA aushandelt. Allerdings sollen darunter die guten Beziehungen zu China nicht leiden. Denn in Zukunft werde es Russland mehr mit Peking zu tun bekommen als mit Washington.

Nach den jüngsten terroristischen Angriffen auf die USA am 11. September wird Moskau allerdings mit Washington zusammen vieles in der gemeinsamen Sicherheitspolitik des 21. Jahrhunderts noch ändern müssen.